



Prof. Dr. Alexander Kritikos ist Forschungsdirektor am DIW Berlin und Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Potsdam.

Der Beitrag gibt die Meinung des Autors wieder.

Warum nur wenige in Griechenland investieren

Griechenland hatte es zuletzt geschafft, aus den negativen Schlagzeilen herauszukommen. Nun katapultiert es sich mit symbolträchtiger Politik – die handstreichartige Schließung des Staatsrundfunks dürfte ein Novum im demokratischen Europa sein – wieder dorthin. Weiterer Tiefschlag: Im von Morgan Stanley herausgegebenen Aktienindex MSCI wurde Griechenland auf Schwellenlandstatus herabgestuft.

Dabei schienen die Reformen Früchte zu tragen. Erfolge wurden bei der Reduzierung des laufenden Staatsdefizits, des Leistungsbilanzdefizits und der Lohnstückkosten verzeichnet. Das hatte allerdings seinen Preis. Die Wirtschaftsleistung ist in den letzten Jahren um 25 Prozent gefallen, die Arbeitslosenrate liegt bei 27 Prozent, die Jugendarbeitslosigkeit sogar bei über 60 Prozent. Um wieder Tritt zu fassen, braucht das Land Investitionen. Diese aber bleiben aus. Mit wenigen Ausnahmen wie SAP und HP meiden ausländische wie griechische Privatinvestoren das Land.

Inzwischen appelliert die griechische Regierung an ihre Partner, sie hätten nun die moralische Verpflichtung, in das Land zu investieren. Aber wie so oft wird auch dieser Appell ungehört verhallen. Vielmehr führt er zur Frage, warum sich Investoren von Griechenland fernhalten. Anlageentscheidungen hängen, stark vereinfacht, von den erwartbaren Renditen der Investitionsmöglichkeiten und den damit verbundenen Risiken ab. Und hier gilt es, den Fokus neben den unternehmerischen Risiken auf die institutionellen Rahmenbedingungen eines Landes zu legen.

Griechenlands Rahmenbedingungen für Investoren waren bereits vor der Krise katastrophal. Im Jahr 2010 platzierte die Weltbank in ihrem Indikator zum „Ease of Doing Business“ Griechenland nur auf dem Rang 109 von 183 Ländern, Schlusslicht in der EU. Die jüngsten Reformpakete sollten dieser Problematik Rechnung tragen. Und tatsächlich gab es Fortschritte. Die Weltbank berichtet in ihrem neuen Report von Verbesserungen, etwa beim Investorenschutz und dem Insolvenzrecht. Dank dieser Reformen

sieht sich Griechenland nun im Ranking der Weltbank auf Platz 78.

Diese Entwicklung macht im Übrigen deutlich, dass die aktuelle Herabstufung im MSCI-Index auf ein Schwellenland ein fatales Signal aussendet. Denn die Herabstufung legt fälschlicherweise eine akute Verschlechterung der Rahmenbedingungen für den Kapitalverkehr nahe. Sie hätte daher bereits im Jahre 2010 erfolgen müssen. Heute sollte dem Land bei konsequenter Fortsetzung der Reformen der „Wiederaufstieg“ in Aussicht gestellt werden.

Welche Reformen sind noch notwendig, um das Land attraktiv für Investoren zu machen? Vor allem die Hürden für die Gründung neuer Unternehmen, die Eintragung von Grundbesitz und gewerblichem Eigentum, für den Erwerb von Lizenzen oder behördlichen Genehmigungen sind es, die hoch geblieben sind. Hier befindet sich Griechenland mit den Plätzen 146 und 150 in den jeweiligen Weltbank-Subindikatoren in guter Gesellschaft mit Ländern wie Malawi, Uganda und Simbabwe. Diese Markteintrittsbarrieren weisen auf verkrustete Wettbewerbsstrukturen hin. Etwas besser bestellt ist es um die Durchsetzbarkeit von Verträgen; Griechenland belegt hier Platz 87, für ein Eurozoneland der ersten Stunde dennoch ein beschämender Wert. In wesentlichen Teilbereichen sehen sich Investoren und Innovatoren, die ihre Ideen zu kommerzialisieren trachten, folglich noch immer unkalkulierbaren Risiken ausgesetzt.

Anstatt ihre Appelle zu wiederholen, wird die griechische Regierung, will sie Auslandsinvestitionen ins Land locken, ihre Reformen also fortsetzen und die Regulierungsdichte reduzieren müssen. Dass sich solche Reformen realisieren lassen, haben Länder wie Irland und zuletzt Polen vorge-macht, deren Ökonomien – bei allen Rückschlägen in der Eurokrise – von diesen Reformen profitiert haben. Nun hat sich die griechische Regierung durch die Schließung des Staatsrundfunks unnötigerweise selbst geschwächt, für den notwendigen Reformeifer keine gute Voraussetzung.



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e. V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
www.diw.de
80. Jahrgang

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Karsten Neuhoﬀ, Ph.D.
Dr. Kati Schindler
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Sabine Fiedler
Dr. Kurt Geppert

Redaktion

Renate Bogdanovic
Sebastian Kollmann
Dr. Richard Ochmann
Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Karl Brenke

Textdokumentation

Lana Stille

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805 - 19 88 88, 14 Cent./min.
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.